

Rot-Grün: Geschichte mit Zukunft

Gunter Hofmann

Die rot-grüne Generation

Ein Rückblick nicht ohne Nostalgie

Merkwürdig episodenhaft erscheint die Regierung von Gerhard Schröder und Joschka Fischer bis heute. Im Lichte der dreijährigen Erfahrung mit der Großen Koalition unter Angela Merkel, mit den Sozialdemokraten als »zweiten Siegern« und Juniorpartnern, lohnt es sich, diese Jahre noch einmal zu inspizieren.

Mir scheint es sich um zwei Paradigmenwechsel zu handeln, deren Konturen man seinerzeit allenfalls erkennen konnte. *Einmal* die neue internationale Rolle, in welche die Republik sich praktisch vom ersten Tag des Amtsantritts von Schröder und Fischer einüben musste – sowohl die Entscheidung, sich an der Kosovo-Intervention sowie am Krieg gegen die Taliban nach dem 11. September 2001 zu beteiligen, als auch das entscheidende »Nein« zum Irak-Krieg. Ja, die deutsche Politik emanzipierte sich, aber sie blieb westorientiert und bündnis-loyal. *Zum anderen:* Dass der tradierte Sozialstaat auf die Zeiten grenzenloser Finanzmärkte, einer globalisierten Ökonomie, *shareholder-value*-Denkens und eines neoliberalen Zeitgeistes nicht zugeschnitten war, machte sich die rot-grüne Koalition mit Zeitverzögerung klar. Es soll hier nicht über Detailspekte gerechnet werden, Schröders *Agenda 2010* und *Hartz IV* war ein großer Eingriff in die Anatomie dieses Sozialstaats vor allem für diejenigen am unteren Ende der Leiter – aber ein Schnitt war unerlässlich. Und er erfolgte. Nicht im Sinne eines Meisterplans, nicht strategisch genau durchdacht, aber ein Paradigmenwechsel war dennoch auch das.

Dass keine politische Modernisierungsstrategie daraus abgeleitet wurde, widerlegt nicht den Grundgedanken. Die Tücke für die rot-grüne Koalition: Sie



Gunter Hofmann

(* 1942) leitete das Zeit-Büro in Bonn und Berlin und ist Chefkorrespondent der Wochenzeitung. Zuletzt erschien *Schuld & Sühne & Stolz & Vorurteil. Polen und Deutsche* (gemeinsam mit Adam Krzeminski).

hofmann@zeit.de

nahm den Christdemokraten die Arbeit ab, die diese nicht gewagt hatten, und sie entledigte sich des »deutschen Modells« mit Phasenverzögerung; spätestens nach der ersten Legislatur im Jahr 2002 setzte bis hinein in die Reihen der Topmanager eine Debatte ein, wie soziale Standards in dieser flexibilisierten Welt wieder zur Geltung kommen können. Die Deregulierung fraß ihre Kinder. In der Mindestlohn-Debatte der Großen Koalition taucht die unerledigte Aufgabe der Modernisierungspolitik namens *Agenda 2010* heute in einem kleinen Segment wieder auf. Für die bildungspolitischen Überlegungen in beiden Lagern der Großen Koalition lässt sich das ähnlich sagen. Daran lässt sich anknüpfen. Auch wenn das die Chance für eine neue Abspaltung am Rande der SPD geboten hat, mit Oskar Lafontaine – ausgerechnet! – an der Spitze der Bewegung, die rot-grüne Koalition muss sich nicht vorhalten lassen, sie habe sträflich Gerechtigkeitsfragen dieser Gesellschaft ausgeblendet. Sie hat vielleicht nicht deutlich ge-

nug gemacht, weshalb nationalstaatlich begründete Politiken wie das Sozialstaatsmodell auf völlig veränderte Rahmenbedingungen zugeschnitten werden müssen. Diesen engen Nationalstaat gibt es nicht mehr. Aber die »soziale Frage« ist darum nicht aus der Welt.

Kulturelle Versöhnung und neue Verantwortung

Vor allem geht es mir hier aber um die internationale Rolle des Landes, und wie die rot-grüne Regierung dabei agierte. Geträumt hatten die Partner strahlend, mit ihnen beginne die »Berliner Republik«. Die Republik versöhnte sich ja mit dem Machtwechsel von Helmut Kohl zu Schröder/Fischer im Jahr 1998 kulturell mit den eigenen Kindern. Rot-Grün bedeutete zunächst einen Kulturbruch: Und hinter den ist die Bundesrepublik, ist aber auch die Politik nicht wirklich zurückgefallen. In der Großen Koalition zeigte sich das besonders in den familien- und gesellschaftspolitischen Fragen, aber auch beim Versuch des christdemokratischen Innenministers Schäuble, es mit der Integration der »Fremden« ernster zu meinen: Hier nicht zuletzt hatte die Union kulturell-politischen Nachholbedarf, und man könnte sagen, sie hat mit Geschick an den rot-grünen Erkenntnisstand aufgeschlossen.

Mir geht es hier aber um etwas anderes: Gerhard Schröder wollte die rot-grüne Koalition kein »Projekt« nennen. Wenn sie diesen Charakter – wie man im Rückblick genauer sieht – dennoch gewann, dann nicht allein wegen dieser kulturellen Seite, sondern besonders wegen des internationalen Auftritts. Die politische Probe war die »Kriegsfrage«, nach dem Kosovo- vor allem der Irak-Krieg. Hier, im Falle Kosovos, ging es vom ersten Tag der Schröder-Fischer-Regierung an zwar auch um einen stabilen Balkan, vor allem aber sollte die Generation nach Kohl, diese links-grüne

Melange, der viele misstrauten, ihre Zuverlässigkeit und ihre Westorientierung beweisen. Und daran richteten sie sich denn auch aus. Diese Probe hat diese Generation bestanden, und das ist bis heute nicht unerheblich. Nur die *Linkspartei* zeigt sich in ihrem öffentlich demonstrieren fundamental-pazifistischen »Nein« und dem doktrinären, pauschalen Anti-Amerika-Auftritten unbelehrbar.

Rot-grün lernte langsam? Im Gegenteil, in den Fragen lernten sie verblüffend schnell. Das ist zwar nicht das Maß aller Dinge, aber: Deutsche Soldaten richteten sich nicht nur auf Auslandseinsätze »out of area« ein, außerhalb des NATO-Gebietes, sondern es hieß nun auch, sie müssten zu »humanitären« Interventionen bereit sein. Genau besehen, handelte es sich um einen gewaltigen Strategiewechsel, der, wie es heute scheint, fast reibungslos vonstatten ging. Schon dafür verdient Rot-Grün Respekt. Die Republik musste sich mit Schröder/Fischer einüben in einer schwierigen Gratwanderung zwischen neuer Verantwortung auf internationaler Bühne, aber auch Zurückhaltung, wenn es nötig erschien. Es ging eben nicht, wie Schröder seinerzeit unglücklich formulierte, um eine »Enttabuisierung« des Militärischen.

Der 11. September 2001, der Anschlag auf die *Twin Towers* in New York und das *Pentagon*, forderte die Allianz insgesamt heraus. Aber was die rot-grüne Regierung wahrscheinlich noch nicht wirklich realisiert hatte, als sie von der kommenden »Berliner Republik« schwärmte – die Bundesrepublik gehörte tatsächlich zu den »Großen« unter den Mittelmächten, sie hatte sich seit Brandts, Schmidts, Kohls Zeiten eine gewisse Leitfunktion erobert, 1989 war ihr Gewicht noch gestiegen, und viele in der Welt blickten darauf, wie diese Deutschen agierten. Würden sie in einem solchen Moment zur Integration Europas beitragen oder den Kontinent auseinanderdividieren?

Risiken ja, Abenteuer nein – bis heute

Bündnissolidarität – im Falle Afghanistans als erste Reaktion auf dem 11. September zögerte Rot-Grün keine Sekunde und entsandte deutsches Militär. »Risiken ja, Abenteuer nein«, lautete jedoch die Parole für den Fall, dass Washington eine Intervention im Irak plane oder gar an den Einsatz von Atomwaffen denke. Im Kosovo-Krieg hatte Rot-Grün gelernt, dass »die NATO nur aus Washington besteht«. Im transatlantischen Streit um den Irak jedoch, der leidenschaftlich tobte, ging es um eine Nagelprobe darauf, ob Stimmen außerhalb Washingtons wirklich zählen. Zählt Europa? Ausgerechnet die Deutschen, diese ewig Loyalen, sie scherten nun aus. Für grundverkehrt hielten sie es, einen »Krieg« gegen Saddam Hussein im Irak zu führen. Man erinnere sich: Damals wollte Putin Russland noch auf einen europäischen Weg bringen, und Schröder hatte Recht

mit dem Ansinnen, dabei behilflich zu sein. Und: Auf unabsehbare Zeit würden die Beziehungen zu Amerika demoliert, und Europa dividiere sich auseinander.

Aus heutiger Sicht sind Warner widerlegt worden. Froh können die Europäer sein, dass es dieses »Nein« zu dem Krieg gab, ihre Stimme in der Welt hat dadurch an Gewicht gewonnen – und am Ende hat der große politische Konflikt für das Europa der 27 eine heilsame, einigende Lektion enthalten. Die Welt, so die Lehre, lässt sich nicht in »Mars« Amerika und »Venus« Europa einteilen, die militärischen Lösungen, die Washington anpeilte, haben zum Debakel im Irak geführt, und Europa hat sich nicht dauerhaft auseinanderdividiert in alt und neu. Schließlich: mit Waffen lässt sich Demokratie nicht einfach exportieren!

Ist Berlin unter Schröder zu nahe herangerückt an Russland? Schröder machte Europa, Russland und China zur »Chefsache«. Sein Kurs unterschied sich nicht sehr von dem der Vorgänger Helmut Schmidt

und Helmut Kohl, wenn man absieht von seinem locker daher geplauderten Wort, Putin sei ein »lupenreiner Demokrat«. Zeitweise setzte sich Angela Merkel demonstrativ mit ein paar kritischen Worten und Gesten von diesem Kurs ab. Inzwischen jedoch lässt sich sagen, und darin steckt eine Antwort auf die Frage nach der rot-grünen Bilanz: Im Ernstfall setzt auch die Kanzlerin, siehe Georgien, die Politik des Vorgängers fort. Von Polen oder den baltischen Ländern lässt sie sich so wenig auf einen Konfrontationskurs bringen wie Schröder. Risiken ja, Abenteuer nein. Die Losung scheint zu verfangen.

»Kleine Emanzipation« – größere Folgen

Auch der Ostsee-Pipeline für russisches Gas, die Schröder noch kurz vor dem Aus durchgepaukt hatte, stimmte die Nachfolgerin gegen alle Proteste aus Warschau zu. Und das Verhältnis zu Amerika? Als Angela Merkel in Bukarest einem NATO-Beitritt Georgiens und der Ukraine widersprach, hieß es aus Washington kritisch, dies sei ein größerer Affront als Schröders »Nein« zum Irak-Krieg. Das mag aus Ärger überzogen worden sein. Ablesen ließ sich daran vor allem, dass die »Lehren« aus dem Konfliktfall Irak nachhallen: Die Bedeutung von Europas Stimme generell, das autonome Urteil bei aller West-Loyalität, die ernsthafte Suche nach politischen Lösungen und Dialog. Rot-Grün lag gar nicht so falsch.

Im Grunde hat die »kleine Emanzipation« während der sieben Jahre, trotz der Spannungen zwischen Schröder und Präsident Bush, auch das deutsch-amerikanische Verhältnis nicht beschädigt – klar wurde allerdings, und das zeigt sich jetzt, dass beide Seiten nicht einfach zurückkehren können in ihre alte Rolle, als hätte sich nichts verändert. Dazu war der Irak-Fehler zu groß. Der Westen steht vor

einer Neudefinition, die auch Rot-Grün seinerzeit weit überforderte. Wer immer in Washington das Präsidentschaftsrennen gewinnt, Obama oder McCain, mit einer »blinden« Zustimmung Berlins für seine Politik aus reinen Loyalitätsgründen und ohne internationale Legitimierung kann künftig niemand mehr rechnen. Das gilt aber auch für Paris ähnlich, trotz der Freundschafts-Rhetorik, mit der Präsident Sarkozy in den USA den Beginn einer völlig neuen Ära zwischen Frankreich und Amerika ankündigte. Und es gilt ebenso für andere Europäer.

Was bleibt vom Antiamerikanismus-Verdacht? Nichts! Vollends sichtbar ist das geworden, als Barack Obama an der Siegestsäule in Berlin sprach: Plötzlich monierten die Kritiker von damals, die Deutschen seien mehrheitlich blind Amerika-begeistert. Ja was nun, sind sie mit Rot-Grün zu antiamerikanisch geworden oder zu proamerikanisch geblieben? Beides ist zu schlicht. Zur Erbschaft der rot-grünen Jahre kann man wohl zählen, dass sich eine loyale, aber auch selbstbewusste Politik durchsetzt, die niemandes »Pudel« ist. Mehr noch: Europa ist, auch dank Rot-Grün, stärker als zuvor ein eigener »Pol« auf der multipolaren Weltkarte geworden. Davon könnte ein kluger amerikanischer Partner profitieren.

Zu einer fairen Bilanz würde mehr gehören. Immerhin wagte die rot-grüne Koalition, das Staatsbürgerschaftsrecht zu ändern und zu »europäisieren«. Sprechen müsste man auch über die ökologische Frage. Erst die Einsicht in den Klimawandel, der menschengemacht und irreversibel ist, hat zu weiteren Konsequenzen geführt, über die Ansätze der sieben Jahre hinaus. Bestätigt fühlen hierin können sich jedoch im Nachhinein zumal *Die Grünen* und einige der Ökologen in der SPD, deren Stimme nicht ernst genug genommen worden ist.

Eine Randnotiz zum Schluss: Vergleichsweise, das macht die Große Koali-

tion erst klar, ist es der rot-grünen Regierung während ihrer sieben Jahre zumindest geglückt, einige Linien aufzuzeigen. Auffallend ist schon, dass keiner wirklich hinter 1998 zurück möchte. Merkwürdig kontrastiert das mit der Episodenhaftigkeit! Der Vorwurf gegen die Schröder-Koalition, sie habe ihre Politik nicht zureichend »begründet«, holt hingegen in besonderem Maße die Nachfolger ein. Weniger »Begründung« war selten als bei Angela Merkel, der Kanzlerin des »kleinen Formats«, der SMS-Botschaften, der Internet-Auftritte, der dahingeplauderten Sätze.

Ein »Projekt« wurde aus der rot-grünen Verbindung zwar nicht ausdrücklich, schon weil sich der Kanzler dem Gedan-

ken verweigerte. Die Pointe aber ist: Erst die Erfahrung der Jahre seit dem Herbst 2005, in dem Angela Merkel Kanzlerin wurde, macht deutlich, wie viel in dieser oft unterschätzten kleinen Koalition dennoch steckte. Freilich auch: wie viel Unausgeschöpftes. Heute dürfte das auch manchen von jenen einleuchten, die damals zu den leidenschaftlichen Kritikern zählten – sei es, weil sie fanden, die Rot-Grünen gingen bei ihren Reformoperationen nicht weit genug, oder sei es, weil sie sich an die Spitze der »Opfer« dieser Reformen stellten. Bleibt unter dem Strich: Ein bisschen nostalgisch also könnte man, zugegeben, beim Rückblick auf die »vergessenen sieben Jahre« durchaus werden.

Gespräch mit Hubertus Schmoldt

»Die SPD sollte die Nerven behalten«

Hubertus Schmoldt, geb. 1945, ist seit 1997 Vorsitzender der Gewerkschaft IG Bergbau, Chemie, Energie. Bei aller grundsätzlichen Zustimmung zur Agenda 2010 hat sich die IG BCE aber auch immer wieder für Korrekturen ausgesprochen, z.B. bei der Auszahlungsdauer von Arbeitslosengeld I. Die Fragen stellte Thomas Meyer.

NG/FH: Vor zehn Jahren begann die rot-grüne Koalition mit ihrer Arbeit. Was kommt einem profilierten deutschen Gewerkschafter in den Sinn, wenn er an den Verlauf dieser Regierung denkt?

Hubertus Schmoldt: Rot-Grün hat eine lange konservative Phase der Politik beendet, die Fenster aufgemacht und für frischen Wind gesorgt. Das war für die Gewerkschaften eine Art Neubeginn und Abkehr von einer verfehlten Politik, unter der vor allem die Arbeitnehmer gelitten haben, aber auch die Rentner, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger. Das war historisch gesehen ein Meilenstein.

Mit diesem Politikwechsel 1998 als Ereignis verbindet sich von daher natür-

lich deutlich Positives. Im Verlauf der Regierungszeit hat es dann aber das eine oder andere Unerfreuliche für die Gewerkschaften gegeben...

NG/FH: ...z.B. die *Agenda 2010*. Ist diese aus Sicht der Gewerkschaften ein unmotivierter Bruch mit der Geschichte sozialdemokratischer Gesellschafts- und Sozialpolitik oder doch ein wichtiger Modernisierungsschritt, der zwar wehtut, aber irgendwo auch verständlich ist? Wie wurde das von den Gewerkschaften bewertet?

Schmoldt: Nicht wenige Gewerkschafter halten die *Agenda 2010* für einen grundsätzlich falschen Ansatz. Ich sehe das differenzierter. Die Agenda umfasst ja weit